

Gudrun Hentges

»Konformistische Rebellion«

Eine neue Kultur der nationalen Besitzstandswahrung

Bei den Europawahlen 2009 gelang zahlreichen Parteien der extremen Rechten der Einzug in das Europaparlament. Sei es – um nur die wichtigsten zu nennen – die Slowakische Nationalpartei (5,6 %), die griechische Partei Völkisch Orthodoxer Alarm (7,1 %), die lettische Partei Für Volk und Vaterland (7,5 %), die Großrumänienpartei (8,7 %), die italienische Lega Nord (10,2 %), der französische Front National (6,3 %) und dessen Abspaltung *Mouvement pour la France* (4,6 %), die bulgarische Koalizione Ataka (12,0 %), die litauische Partei Ordnung und Gerechtigkeit (12,2 %), die Freiheitliche Partei Österreichs (12,7 %), die ungarische Partei Jobbik (14,77 %), die Dänische Volkspartei (14,8 %), der belgische *Vlaams Belang* (10,2 %) und die belgische *Lijst Dedecker* (4,8 %), die niederländische Partei für die Freiheit (17 %) oder etwa die *British National Party* (6,2 %) und die *United Kingdom Independent Party* (16,5 %).

Einige Abgeordnete dieser Parteien haben sich in der Fraktion »Europa der Freiheit und der Demokratie« (EFD) zusammengeschlossen, so die Partei Wahre Finnen, die Dänische Volkspartei, die litauische Partei Ordnung und Gerechtigkeit, die italienische Lega Nord, die Slowakische Nationalpartei, die griechische Partei Völkisch Orthodoxer Alarm oder die *United Kingdom Independent Party*. Diese Fraktion umfasst derzeit 34 Abgeordnete, als Fraktionsvorsitzende fungieren Nigel Farage (UKIP) und Francesco Speroni (Lega Nord). Andere Abgeordnete blieben fraktionslos, so die Abgeordneten der niederländischen Partei für die Freiheit, der ungarischen Jobbik, der österreichischen FPÖ, der Großrumänienpartei und der *British National Party*.

Die Parteien, die unter dem Oberbegriff Extreme Rechte subsummiert werden, sind sehr heterogen. Sie reichen von den eher rechtspopulistisch argumentierenden Parteien (Dänische Volkspartei, niederländische Partei für die Freiheit, PVV) bis hin zu den offen rechtsextrem (z.T. auch neofaschistisch) auftretenden Parteien *British National Party* oder der ungarischen Jobbik.

Die Agitation der rechtspopulistischen Parteien basiert auf der strikten Gegenüberstellung von Volk und wirtschaftlicher oder politischer Elite. Die Politiker/innen des rechtspopulistischen Lagers begreifen sich als die einzig authentischen Vertreter der »schweigenden Mehrheit«, sie prangern die Verfehlungen des Establishments an, zeichnen sich aus durch fremden- und minderheitenfeindliche Ressentiments und durch europaskeptische und nationalistische Positionen.

Die Agitation der rechtsextremen Parteien geht von der Prämisse einer rassistisch, ethnisch oder kulturalistisch bedingten sozialen Ungleichheit aus. Rechtsextreme Parteien fordern eine ethnische Homogenität innerhalb der Grenzen des Nationalstaates, sie lehnen (explizit oder implizit) das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ab, fordern eine Unterordnung der Bürger/innen unter die Staatsräson, lehnen den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ab und wollen Prozesse der Demokratisierung wieder rückgängig machen.

Ungeachtet der graduellen Unterschiede innerhalb der Parteienfamilie der extremen Rechten lassen sich zahlreiche ideologische Gemeinsamkeiten nachweisen: sei es ein impliziter oder expliziter Nationalismus, eine nationalistisch inspirierte Kritik

an Prozessen der Globalisierung und der europäischen Integration, ein Plädoyer für einen wirtschaftlichen Protektionismus, sei es eine feindliche Haltung gegenüber autochthonen oder allochthonen Minderheiten – bis hin zu einem offenen Rassismus –, sei es eine feindliche Haltung gegenüber Sinti und Roma, Muslimen und Muslima, Migrantinnen und Migranten aus Osteuropa, Flüchtlingen, sei es ein verdeckter oder offener Antisemitismus oder ein Antisemitismus im Gewande des Antizionismus. Charakteristisch für diese Parteien sind ferner sexistische oder homophobe Tendenzen, eine Befürwortung sozialdarwinistischer Ideologien und autoritärer Strukturen, eine Akzeptanz von Gewalt und Militarismus oder gar eine positive Bezugnahme auf den historischen Faschismus. All diese Erscheinungsformen lassen sich in der Programmatik und Ideologie der extremen Rechten in Europa aufspüren.

Deutlich werden die verschiedenen Varianten der extremen Rechten an den beiden Parteien, die bei den Wahlen zum Europaparlament 2009 am besten abgeschnitten haben: die niederländische Partei für die Freiheit (17 %) und die ungarische Partei Jobbik (14,8 %). Die PVV lässt sich der Gruppe der rechtspopulistischen Parteien zuzuordnen, ihre Programmatik und Agitation richtet sich in erster Linie gegen die heraufbeschworene Gefahr der Islamisierung der Niederlande. Die Jobbik zählt zur Gruppe der rechtsextremen Parteien, es lassen sich auch neofaschistische Anklänge in ihrer Ideologie finden. Diese richtet sich in erster Linie gegen die in Ungarn lebenden Sinti. Die von der Jobbik verbreitete Ideologie ist – zum Teil offen, zum Teil verdeckt – durchzogen von antisemitischen Ressentiments, mitunter auch geprägt durch einen offenen Antisemitismus.

Auch mit Blick auf die von der PVV und der Jobbik verbreiteten Werte und Normen könnten deren Vorstellungen nicht

unterschiedlicher sein: Die Ein-Mann-Partei PVV knüpft an die Traditionen von Pim Fortuyn an und präsentiert sich als libertär – auch mit Blick auf die Anerkennung homosexueller Lebensweisen. Die Jobbik hingegen plädiert dafür, dass homosexuelle Handlungen strafrechtlich verfolgt werden sollten.

Die im November 2009 präsentierte Studie »Europäische Zustände« über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit unterstreicht nachdrücklich den Befund einer großen Affinität der Bevölkerung der EU-Mitgliedsstaaten zu Ideologien der extremen Rechten. Befragt wurden Menschen in Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Italien, Portugal, Ungarn und Polen. Demnach waren über die Hälfte der Befragten (50,4 %) der Meinung, dass in ihrem Land zu viele Einwanderer lebten. Fast ein Drittel aller Befragten (31,3 %) stimmten der Aussage zu, dass es eine natürliche Hierarchie zwischen Menschen schwarzer und weißer Hautfarbe gebe. Fast ein Viertel aller Befragten (24,4 %) waren der Meinung, dass die Juden in ihrem Land über einen zu großen Einfluss verfügten.

Mit Blick auf das Phänomen extreme Rechte in Europa stellt sich die Frage nach den Ursachen für die Konjunktur nationalistischer und rassistischer Kräfte – sowohl bei den Wahlen zum Europaparlament als auch bei den jüngsten Wahlen zu den nationalen Parlamenten. In einer groß angelegten Studie »Socio-economic changes, individual reactions, and the appeal of the extreme right« (SIREN), die in den Jahren 2002 bis 2004 in acht europäischen Ländern durchgeführt wurde, konnten die Forscher/innen nachzeichnen, in welchem Maße die Beschäftigten von rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt betroffen sind. Insbesondere seit Mitte der 90er Jahre haben sich im Zuge von Privatisierungsprozessen und Standortverlagerungen rasante Veränderungen in der Arbeitswelt vollzogen, die an den Beschäftigten

nicht spurlos vorbeigingen. Als Ergebnis der Studie konnten folgende Muster aus dem empirischen Material herausgearbeitet werden:

Das erste Muster bezieht sich auf Ungerechtigkeitsgefühle unter den Beschäftigten. Diese entstanden aufgrund der Tatsache, dass legitime Erwartungen mit Blick auf Arbeit, Beschäftigung oder sozialer Status enttäuscht wurden. Diese Gefühle von Ungerechtigkeit entstanden im Kontext von Umstrukturierungen von Unternehmen, infolge von Entlassungen oder eines erzwungenen Vorruhestands, im Zusammenhang mit neuen Managementkulturen oder einer verstärkten Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Als Folge dessen wurden Qualifikationen und erworbene Erfahrungen entwertet bzw. vernichtet.

Das zweite Muster bezieht sich auf die Furcht vor Deklassierung sowie Unsicherheiten und Gefühle von Machtlosigkeit – verbunden mit industriellem Abstieg, prekärer Beschäftigung oder der Entwertung von beruflichen Fertigkeiten und Qualifikationen. Häufig beziehen sich die Befragten auf andere (aus ihrer Sicht privilegierte) soziale Gruppen – seien es Manager und Politiker mit hohem Einkommen oder Menschen, die von Sozialleistungen statt »von ihrer Hände Arbeit« leben, oder von staatlichen Stellen unterstützte Flüchtlinge. Thematisiert wird immer wieder, dass die »anständig und hart arbeitenden« Menschen betrogen werden. Demnach stoßen politische Botschaften und Ideologien des Rechtspopulismus – die doppelte Abgrenzung von den Eliten einerseits und den gesellschaftlich Marginalisierten andererseits – auf große Resonanz.

Das dritte Muster ließ sich bei Menschen finden, die im Laufe der letzten Jahre durchaus einen beruflichen Aufstieg innerhalb des Unternehmens erleben konnten. Diese Gruppe tendierte zu einer sehr starken Identifikation mit dem Unternehmen und dessen Zielen. Sie zeichnen sich

aus durch eine extreme Leistungsorientierung. Diese »Aufsteiger« stellen hohe Ansprüche an ihre Kolleginnen und Kollegen und Mitarbeiter/innen. Sie internalisieren die Regeln des neoliberalen kapitalistischen Systems. Häufig vertreten sie die Ideologie des »survival of the fittest« und hängen demnach sozialdarwinistischen Ideologien an.

Die hier vorgestellten Ergebnisse empirischer Untersuchungen liegen nun schon einige Zeit zurück. Mit Blick auf die Entwicklungen der letzten Jahre (Weltwirtschaftskrise 2007 ff.), die geprägt waren durch ein zuvor nicht gekanntes Maß an Erwerbslosigkeit vor allem im Süden Europas, durch eine sozio-ökonomische Marginalisierung und einen sozialen Abstieg ist zu erwarten, dass sich die hier aufgezeigten Tendenzen, die in den letzten Jahren eine Affinität zur extremen Rechten begünstigten, nicht umgekehrt, sondern eine zuvor ungeahnte Dynamik entwickelt haben.

Es wäre jedoch verkürzt, die Konjunktur der extremen Rechten als automatische Konsequenz einer ökonomischen Krise zu betrachten. Mit Blick auf die Ursachenerklärungen geht es vielmehr darum, empirisch zu erheben, in welcher Weise sozio-ökonomische Erfahrungen in der Arbeitswelt wahrgenommen, verarbeitet und interpretiert werden. Anknüpfend daran geht es um die Frage, welche politischen Deutungen und ideologischen Interpretationen herangezogen werden, um die individuellen Erfahrungen von Ausgrenzung zu verarbeiten. Im Feld der subjektiven Deutungen kommen politische Ideologien ins Spiel, die nutzbar gemacht werden können für Schuldzuweisungen und Feindbildkonstruktionen – sei es eine starke Islamfeindlichkeit, z.B. in den Niederlanden, sei es eine völkische Ideologie – verknüpft mit einem Antiziganismus und Antisemitismus – in Ungarn. Die politische Kultur in den EU-Mitgliedsstaaten – auch die rassistischen oder antisemitischen Unter-

strömungen – können in Krisensituationen schnell abgerufen und reaktiviert werden und erlangen – mit den Worten Antonio Gramscis – eine »kulturelle Hegemonie«.

Nicht zuletzt spielt die Krise der politischen Repräsentation eine wichtige Rolle zur Erklärung des Phänomens der extremen Rechten, wie auch das im SIREN-Projekt erhobene Datenmaterial deutlich werden ließ. Diese manifestiert sich am stärksten im Bereich der Parteipolitik. Die Parteien – seien es nun die Regierungsparteien oder die Parteien der politischen Opposition, seien es die konservativen Parteien oder die sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien – wurden von den Befragten nicht (mehr) als legitime Repräsentanten der eigenen politischen Interessen wahrgenommen. Im Gegenteil: Skepsis, Misstrauen und Verdrossenheit gegenüber den etablierten Parteien dominierten die politischen Einstellungen und Haltungen. Häufig wurden die Parteien der extremen Rechten als die einzigen Kräfte angesehen, die dazu bereit und in der Lage seien, die Interessen des »Volkes« zu vertreten.

Die Wechselwirkung zwischen Unsicherheit, Machtlosigkeit und politischen Orientierungen ließ auch eine andere – auf den ersten Blick widersprüchliche Verbindung deutlich werden, die wir als »kon-

formistische Rebellion« bezeichnet haben. So wurde deutlich, dass Rassismus – zumindest für einige unserer Interviewpartner/innen – eine Strategie war, um ihren Protest gegen soziale Ungerechtigkeit zu artikulieren, und zwar auf eine offiziell akzeptierte und autorisierte Art und Weise.

Im Dezember 2013 rief der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso die Europäer dazu auf, in Anbetracht des Erstarkens nationalistischer und rechtsextremer Parteien in Europa gegenzusteuern. Die Europäer müssten ihr Schweigen brechen. Es sei erforderlich, Europa zu verteidigen, jedoch dürfe man die Verteidigung Europas nicht den Extremisten überlassen. »Es dürften nicht die Anti-Europäer sein, die die Gefühle und Ängste der Menschen angesichts von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit beeinflussen.« So wichtig ein Appell Barrosos vor dem Hintergrund des drohenden Aufstiegs der extremen Rechten auch sein mag – ein solcher Appell muss wirkungslos bleiben, wenn sich die sozio-ökonomischen Bedingungen, die das Erstarken der extremen Rechten begünstigen, nicht innerhalb der kommenden Monate grundlegend verändern. Oder – mit den Worten von Wilhelm Heitmeyer: »Belehrungen kommen gegen Erfahrungen nicht an.«



Gudrun Hentges

ist Professorin für Politikwissenschaft an der Hochschule Fulda.

gudrun.hentges@sk.hs-fulda.de